

Bürgerversammlung des 24. Stadtbezirks am 20. 11. 2024

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Erweiterung bzw. mehr Rechte für die Bezirksausschüsse

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit „ich stimme zu“ oder „ich stimme nicht zu“ abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

2. Anlage

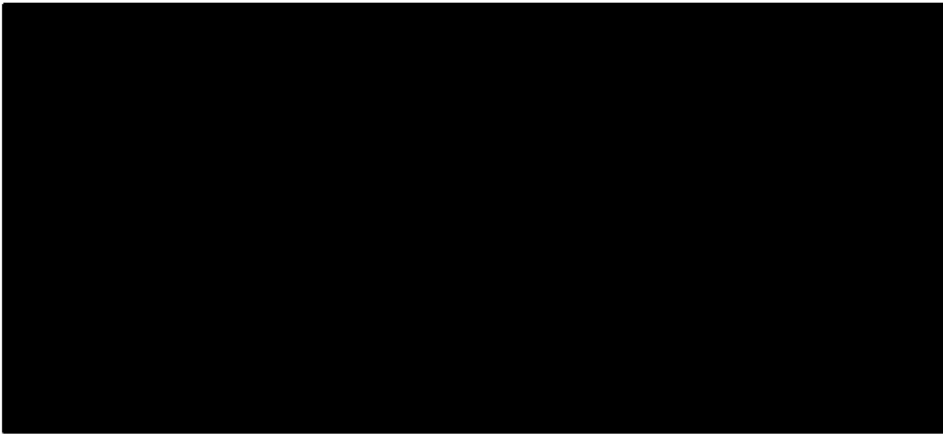
Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

☐ ohne Gegenstimme angenommen

☒ mit Mehrheit angenommen

☐ ohne Gegenstimme abgelehnt

☐ mit Mehrheit abgelehnt



Antrag an die Bürgerversammlung des Stadtbezirks 24 am 20.11.2024

Willy Brandt sagte: "Wir wollen mehr Demokratie wagen". Das ist das Motto meines Antrags.

Die Bürgerversammlung möge den folgenden Antrag beschließen:

Die Bezirksausschusssatzung der Stadt München wird in der Anlage 1 geändert und den Stadtbezirken, insbesondere dem Stadtbezirk ~~24~~ Mitentscheidungsbefugnisse eingeräumt und zwar beim Baumschutz, Schutz von Grünflächen im weiten Sinn, Frischluftschneisen, Kaltluftentstehungsgebieten und landwirtschaftlichen Flächen sowie sonst bei der Klimaanpassung wie z. B. beim Schutz vor Starkregen. Entsprechend dazu wird der Buchstabe E in den einschlägigen Zuständigkeitsbereichen für die Angelegenheiten wie z. B. des Baureferats eingetragen und der etwaige Text davor geändert.

Begründung

1. München muss den Stadtbezirken mehr Selbständigkeit bringen (Bringschuld). Bis heute konnten die Stadtbezirke welche oftmals die Einwohnerzahl von Großstätten haben, nie selbst über ihren Status bestimmen. Mehr Autonomie ist für ein funktionierendes Gemeinwesen nötig.
 2. Mitbestimmen ist ein Element von Demokratie. Gerade in Zeiten zunehmenden Rechtsextremismus muss die Demokratie gestärkt werden, indem gewählte Mitglieder des BA mehr Verantwortung übernehmen können.
 3. Mitglieder im Bezirksausschuss sind mit dem Ort viel mehr verbunden. Sie haben deswegen ein viel stärkeres Interesse zu den jeweiligen anstehenden Fragen und Entscheidungen. Sie haben viel mehr Möglichkeiten, sich vor Ort zu informieren und mit den Bürgern vor Ort zu sprechen. Wer mehr weiß und mehr Interesse hat, soll auch zumindest gleichwertig mitentscheiden dürfen.
 4. Das bedeutet, ohne den BA geht es künftig nicht mehr in den im Antrag genannten Bereichen.
- 